
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Kreistages des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 28. Januar 2013**, im Landratsamt Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz, Großer Sitzungssaal.

Beginn: 11:20 Uhr

Ende: 16:15 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Genehmigung der Niederschriften aus den letzten öffentlichen Sitzungen am 15.10. und 17.12.2012	
2.	Bekanntgabe von in nicht öffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen	
3.	Änderung in der Besetzung von Gremien; Nachbesetzungen im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Kreisrat Dr. van der Goten	2012/238/1
4.	Kreisjugendhilfeausschuss; Wahl einer Stellvertreterin für die kath. Kirche	2013/253
5.	Wahl des Landrats; Wahl der Mitglieder und Stellvertreter des besonderen beschließenden Ausschusses gemäß § 39 Abs. 2 der Landkreisordnung	2012/160/1
6.	Kompostwerk Landkreis Konstanz GmbH; Vereinbarung zur Investition in eine Tunnelkompostierung	

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
7.	Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz GmbH; a) Unternehmens- und Wirtschaftsplan 2013 b) Gewährung von Kassenkrediten c) Übernahme von Bürgschaften für Investitionen	2013/252
8.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013 a) Haushalt 2013 b) Eigenbetrieb "Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Konstanz" - Wirtschaftsplan 2013 c) Eigenbetrieb "EVU seehäsele" - Wirtschaftsplan 2013	2013/254
9.	Bürgerfragestunde	
10.	Berufsschulzentrum Radolfzell, Freigabe 2. Bauabschnitt	2013/248
11.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
11.1	Kreisverkehrsplätze; Rückbau von Anlagen	

Anwesend:

Hämmerle, Frank, Vorsitzender

Stimmberechtigte Mitglieder:

64 Kreisrätinnen und Kreisräte

Entschuldigt:

Binder, Hans-Peter

Özdemir, Zekine

Rühland, Dieter, Prof. Dr.

Stolz, Rainer

Auf besondere Einladung nehmen teil:

Fischer, Peter (Geschäftsführer Gesundheitverbund Landkreis Konstanz gGmbH)

Ott, Rainer (Geschäftsführer Gesundheitverbund Landkreis Konstanz gGmbH)

Von der Verwaltung nehmen teil:

Gärtner, Philipp

Nops, Harald

Goßner, Axel

Kruthoff, Simone

Löhle, Hans-Peter

Weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts Konstanz

Roth, Manfred (Protokoll)

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistags, die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung teilt der **Vorsitzende** mit, dass TOP 6 (Kompostwerk Landkreis Konstanz GmbH) abgesetzt wird, weil weiterer Verhandlungsbedarf mit dem Mitgesellschafter besteht.

Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. **Genehmigung der Niederschriften aus den letzten öffentlichen Sitzungen am 15.10. und 17.12.2012**

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** erfolgen keine Wortmeldungen.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass damit die Niederschriften über die beiden letzten öffentlichen Sitzungen des Kreistags am 15.10. und 17.12.2012 genehmigt sind.

2. **Bekanntgabe von in nicht öffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen**

Der **Vorsitzende** gibt bekannt:

Die Zahl der Asylbewerber hat in den letzten Monaten dramatisch zugenommen, davon ist auch der Landkreis Konstanz betroffen. Deshalb sind die derzeit dem Landkreis zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten für die Unterbringung von Asylbewerber und Flüchtlingen vollständig belegt.

Da in absehbarer Zeit mit einer größeren Anzahl von Zuteilungen (ca. 20 – 30 Personen/Monat) zu rechnen ist, hat der Kreistag beschlossen, eine weitere Räumlichkeit in Stockach (Hotel zur Linde, Goethestr. 23) für einen Zeitraum von zunächst 2 Jahren anzumieten. Das Haus kann mit bis zu 90 Personen belegt werden.

3. **Änderung in der Besetzung von Gremien:**

Nachbesetzungen im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Kreisrat Dr. van der Goten

Nachdem Kreisrat **Franz Moser** (Fraktionsvorsitzender der CDU) einige von Kreisrätin **Dr. Kley** eingebrachte Änderungen gegenüber der Anlage zur Sitzungsvorlage bestätigt hat, fasst der Kreistag folgenden

Beschluss (einstimmig)

Der Kreistag stimmt den von der Fraktion der CDU vorgeschlagenen Änderungswünschen bei der Neubesetzung der Ausschüsse/Kommissionen im Wege der Einigung gemäß der Anlage zur Sitzungsvorlage mit folgender Maßgabe zu:

a) **Neubesetzung Sozialausschuss:**

Stellvertretendes Mitglied in Reihenfolge (3. Stelle):

Kreisrat Dr. KONRAD FREIHERR VON BODMAN (statt JOHANNES FREIHERR VON BODMAN).

b) **Neubesetzung Kreisjugendhilfeausschuss:**

Stellvertretung für Kreisrat Andreas HOFFMANN:

Kreisrätin Dr. Inge KLEY (statt Kreisrat Dr. KONRAD FREIHERR VON BODMAN).

4. **Kreisjugendhilfeausschuss:**

Wahl einer Stellvertreterin für die kath. Kirche

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Kreistag wählt gemäß § 2 Abs. 7 LKJHG (Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes) in Verbindung mit der Satzung über das Jugendamt des Landkreises Konstanz Frau Sabrina D'ALOISIO zum stellvertretenden beratenden Mitglied für die kath. Kirche in den Kreisjugendhilfeausschuss.

5. Wahl des Landrats:

Wahl der Mitglieder und Stellvertreter des besonderen beschließenden Ausschusses gemäß § 39 Abs. 2 der Landkreisordnung

Der **Vorsitzende** begibt sich in den Zuhörerbereich. Kreisrat **Franz Moser** übernimmt die Leitung der Sitzung.

Nach einer kurzen Einführung des **Vorsitzenden** (Kreisrat **Franz Moser**) werden auf Nachfrage keine weiteren Vorschläge zur Ausschussbesetzung unterbreitet.

Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

1. Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des besonderen beschließenden Ausschusses zur Landratswahl werden im Wege der Einigung entsprechend den Vorschlägen der Fraktionen gewählt.

2. Gemäß den Vorschlägen der Fraktionen ist der Ausschuss somit wie folgt besetzt (Mitglieder und Stellvertreter):

- CDU: Kreisrat FRANZ MOSER (Stellvertreter: Kreisrat Oliver EHRET)
Kreisrat Wolfgang MÜLLER-FEHRENBACH
(Stellvertreter: Kreisrat Manfred JÜPPNER)
Kreisrat Andreas HOFFMANN (Stellvertreter: Kreisrat Uwe EISCH)
- FWV: Kreisrat Artur OSTERMAIER
(Stellvertreter: Kreisrat Dr. Horst EICKMEYER)
Kreisrat Rainer STOLZ (Stellvertreter: Kreisrat JOHANNES MOSER)
- SPD: Kreisrat Dr. Jörg SCHMIDT
(Stellvertreter: Kreisrat JÜRGEN LEIPOLD)
- GRÜNE: Kreisrätin Birgit BRACHAT-WINDER
(Stellvertreterin: Kreisrätin Zekine ÖZDEMIR)
- FDP: Kreisrat Dr. Georg GEIGER (Stellvertreter: Kreisrat Oliver KUPPEL).

Hinweis:

*Nach der Beschlussfassung begibt sich Kreisrat **Franz Moser** an seinen Beratungstisch; der **Vorsitzende** übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.*

6. Kompostwerk Landkreis Konstanz GmbH:

Vereinbarung zur Investition in eine Tunnelkompostierung

Der Tagesordnungspunkt wurde vom **Vorsitzenden** vor Eintritt in die Tagesordnung wegen noch nicht abgeschlossener Verhandlungen mit dem Mitgesellschafter REMONDIS abgesetzt.

7. **Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz GmbH:**

- a) **Unternehmens- und Wirtschaftsplan 2013**
- b) **Gewährung von Kassenkrediten**
- c) **Übernahme von Bürgschaften für Investitionen**

Nach dem Aufruf des TOP durch den **Vorsitzenden** begeben sich Kreisrätin **Dr. Kreitmeier** und die Kreisräte **Ehret** und **Dr. Schmidt** wegen Befangenheit in den Zuhörerbereich.

Der **Vorsitzende** führt in die Thematik ein (**ANLAGE 1**). Die Geschäftsführer **Fischer** und **Ott** stellen den Wirtschaftsplan vor (**ANLAGE 2**).

Kreisrat **Schrott**

Ein Vergleich der Erfolgspläne und Prognosen zeigt, dass im Nov. 2011 von einem positiven Ergebnis von ca. 7,2 Mio. € die Rede war, im April 2012 von 6 Mio. € und nun sind es gerade noch 3,6 Mio. €. Wie lässt sich das begründen?

Sind die recht hohen Einmal-Effekte in ähnlicher Höhe auch in den kommenden Jahren zu erwarten?

Kreisrätin **Sargk**

Die Altenpension Gailingen war bisher leicht im Plus – für 2013 geht man aber von einem Minus von 171.000 € aus. Wie lässt sich dies begründen? Darüber hinaus wäre eine Einschätzung in Sachen PET-CT (Schreiben von Prof. Zwicker) interessant.

Kreisrat **Frank**

Noch ist Einiges unklar. Die Zeit für die Erstellung war zwar recht kurz, dennoch ergeben sich Fragen zu den Investitionen. Die Stellenübersicht ist nur schwer nachzuvollziehen. Wie viele der genannten 39 Stellen sind mit Externen besetzt? Es wird davon ausgegangen, dass Externe auch in der Gesamtübersicht 2012 enthalten sind.

Vor der Entscheidung über die Beschaffung eines PET-CT muss sich der Aufsichtsrat intensiv mit der Angelegenheit befassen. Was den Operationsroboter da Vinci angeht, müssen alle tangierten Bereiche und Kosten betrachtet werden. Nach einer Aussage der Universität Würzburg entstehen Verluste von ca. 3.000 € pro Fall, die die Krankenkassen nicht erstatten. Bei ca. 1.000 Fällen/Jahr wären dies 300.000 €.

Die Übernahme einer Bürgschaft sollte unter dem Vorbehalt einer Einigung mit Prof. Zwicker stehen (PET-CT), denn dort ist das Gerät besser angesiedelt als am Klinikum. Damit muss sich der Aufsichtsrat intensiv befassen.

In einer Ärzteklausur am Wochenende soll sich ein Chefarzt sehr negativ über die Fusion geäußert haben – und zwar in dem Sinne, dass man einen Verlustbringer im Westen gegen einen anderen aus dem Osten ausgetauscht habe. Was kann man dazu sagen?

Kreisrätin **Dr. Hofer**

Die Beschaffung eines PET-CT ist unverständlich, dadurch ergäben sich keine Synergieeffekte. Hier muss es zu einer Zusammenarbeit vor Ort kommen.

Ein da Vinci ist zwar gut, aber er muss sich rechnen. Neben den Fallzahlen sind auch die Kosten für die Ausbildung des Personals und die Sachkosten zu berücksichtigen, außerdem die Kosten für den Kundendienst – also auch alle Neben- und Folgekosten.

Kreisrat **Dr. Both** nimmt ab 12:15 Uhr an der Sitzung teil.

Kreisrätin **Netzhammer**

Es fehlt eine Finanzplanung, insbesondere für Investitionen (größere Maßnahmen). Da die Fördermittel erfahrungsgemäß immer erst später eingehen, muss geklärt werden, welche Auswirkungen dies auf die Liquidität hat.

Ob der Landkreis Bürgschaften übernehmen kann, hängt mit der Finanzkraft zusam-

men. Nach den Vorgaben des Regierungspräsidiums Freiburg bestehen Zweifel, ob das ggf. genehmigt werden wird.

Bei den Investitionen ist die Rede von einem Verfügungsgebäude und von einem Logistikzentrum (Zentrallager, Zentralapotheke). Hier stellt sich die Frage der Sinnhaftigkeit und um welche Gebäude es geht. Die Kündigung des Wäschereivertrags widerspricht der propagierten Ortsnähe, die Wäsche wurde bisher vor Ort gewaschen. Wo wird die Wäsche nun gewaschen?

Vorsitzender

Der Wirtschaftsplan wird dem Regierungspräsidium Freiburg zusammen mit dem Haushaltsplan vorgelegt, denn dieser ist wesentlich für die Genehmigung des Haushalts.

Kreisrat Baumert

Bei den Stellen ist unklar, was Sache ist. Handelt es sich lediglich um Verschiebungen oder werden Leiharbeiter ersetzt und ergibt sich insgesamt eine Stellenmehrung oder eine -minderung?

Kreisrat Keck

Wo soll das Logistikzentrum angesiedelt werden? Ist ein Anbau an ein bestehendes Haus geplant? Es wird angeregt, das wegen der zentralen Lage in Radolfzell zu bauen.

Kreisrat Boldt

Man muss die Aufgabenabgrenzung sehen zwischen Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Kreistag. Operative Vorgänge sind nicht Sache des Kreistags, das gehört in die Zuständigkeit der Geschäftsführung und ggf. des Aufsichtsrats. Dazu fehlt dem Kreistag die Befassungskompetenz. Im Übrigen muss sich das in den kommenden Monaten einspielen.

Herr Fischer (GF GLK)

- In Gailingen (Altenpension) wurde für 2013 vorsichtig kalkuliert. Es handelt sich um ein sehr altes Haus, ein Sanierungskonzept wird erstellt und dem Aufsichtsrat vorgelegt. Der MDK bewertet das Haus zwar noch mit der Note 1,0, dennoch ist wegen dem Alter des Hauses von einem Rückgang der Belegungszahlen auszugehen. Betrachtet wurde ein Zeitraum von ca. 4 – 5 Jahren.
- Vor der Beschaffung eines da Vinci werden alle relevanten Kosten zusammengestellt und dem Aufsichtsrat vorgelegt. In der Urologie gehen die Leistungen deutlich nach unten, Patienten lassen sich anderswo behandeln. Zu berücksichtigen ist auch, dass es nur einen Bieter gibt und dass man bei der Urologie aus den genannten Gründen etwas tun müsse. Eine Zertifizierung als Prostatazentrum erfordert gewisse Fallzahlen. Dem Aufsichtsrat wird eine vollumfängliche und seriöse Kalkulation vorgelegt.
- Die Klausurtagung aller Chefärzte (Konstanz und HBH) war sehr erfolgreich. Im Übrigen wurde Vertraulichkeit vereinbart, sodass dazu nichts weiter gesagt werden kann. Evtl. bestehende Unsicherheiten und Irritationen konnten ausgeräumt werden. Die Chefärzte unterstützen den Verbund.
- Bei den Investitionen (Verfügungsgebäude und Logistikzentrum) wurden lediglich Planungskosten eingestellt. Die Lagersituation ist sehr schlecht, auch bezüglich der Apotheke sind Verbesserungen erforderlich. Der Standort für ein solches Zentrum ist noch offen. Eine entsprechende Beratung wird in Anspruch genommen, danach werden mögliche Varianten im Aufsichtsrat vorgestellt.
- Der Bau eines Verfügungsgebäudes soll in Singen erfolgen (keine Anmietung von Räumen), eine Zwischenlösung ist denkbar. Es geht darum, alles zu konzentrieren, die Planung wird im Aufsichtsrat vorgestellt. Im Übrigen besteht Förderfähigkeit.

- Der Wäschereivertrag wurde bereits früher gekündigt, eine Umsetzung zum 01.01.2013 war ursprünglich nicht vorgesehen. Jetzt gibt es eine Übergangslösung, die Ausschreibung läuft.

Vorsitzender

Die Geschäftsführung verhandelt derzeit mit dem Träger der be-wasch GmbH. Es zeichnet sich ab, dass vier Menschen mit Behinderung direkt bei HBK weiter beschäftigt werden können. Darüber hinaus laufen Verhandlungen mit der Stadt Singen bezüglich einer Übernahme von zwei weiteren Mitarbeitern. Die Weiterbeschäftigung der Menschen mit Behinderung kann damit voraussichtlich sichergestellt werden.

Herr **Ott** (GF GLK)

- Bei einem Personalaufwand von ca. 142 Mio. € wirkt sich eine Abweichung um 1 % mit ca. 1,4 Mio. € aus. Bei der Prognose wurden in Abstimmung mit PwC zwar Personalkostensteigerungen mit einem Schnitt über mehrere Jahre berücksichtigt, aber die tatsächliche Tarifierhöhung fiel höher aus. Hinzu kommen strukturelle Veränderungen beim Personal. Im Übrigen wurde mit dem Personalrat auf Basis des Konsortialvertrags eine Arbeitsplatzgarantie (nicht Arbeitsortgarantie) vereinbart.
- Einmaleffekte sind nicht vorgesehen, aber auch nicht vorhersehbar.

Kreisrätin Happle-Lung

Das Gesundheitssystem „krankt“, die Krankenkassen zahlen zu wenig, die Krankenhäuser sind finanziell „am Limit“.

Der Kreistag muss mitreden können. Die Chirurgie in Konstanz ist personell „am Anschlag“, Qualitätsverbesserungen sind so nicht möglich. Deshalb muss genau geschaut werden, wo das vorhandene Personal eingesetzt wird. Nur zufriedene Patienten kommen wieder, da spielt die Personalausstattung eine wesentliche Rolle.

Kreisrat Frank

Handelt es sich bei den 39 Stellen um Leiharbeiter, deren Kosten bisher in den Sachaufwendungen enthalten gewesen sind? Wenn ja, müssten sich die Sachkosten verringern. Sind von den 39 Stellen schon alle besetzt oder kommen die neu hinzu?

Kreisrätin Dr. Hofer

Nicht beantwortet ist die Frage nach den Synergieeffekten im Zusammenhang mit der Beschaffung eines PET-CT.

Kreisrat Dr. Hahn

Es ist erfreulich, dass der Verbund zustande gekommen ist, dies ist nach den Ereignissen im letzten Jahr keinesfalls selbstverständlich. Den Akteuren muss Vertrauen entgegengebracht werden. Das gilt für alle – Patienten, Mitarbeiter, Geschäftsführer und Gremien.

Kreisrat Schrott

Der Rückgang des Jahresergebnisses zwischen Nov. 2011 und Jan. 2013 wurde nicht erklärt. Wenn das Ergebnis um 30 % zurückgeht, ist das bedenklich.

Kreisrätin Netzhammer

Bei einem Umsatz von ca. 227 Mio. € ist es legitim, wenn der Kreistag darüber eine Stunde lang diskutiert. Dafür muss man sich nicht entschuldigen. Eine sinnvolle Unternehmensführung ist auch dem Grundsatz der Nachhaltigkeit verpflichtet – wo wird die Wäsche derzeit gewaschen? Zu bedenken ist auch, dass der Landkreis sich finanziell in der Eingliederungshilfe engagiert, Aktionen wie die Kündigung des Vertrages konterkarieren diese Bemühungen.

Kreisrätin Czajor

Es gibt eine Gesamtverantwortung, der man gerecht werden muss. Dazu gehört auch

eine gewisse Sensibilität, der Brief des **Vorsitzenden** an Kreisrat **Prof. Rühland** zeigt, dass Nachholbedarf in dieser Richtung besteht. Das Aufgreifen des Themas durch Kreisrat **Prof. Rühland** war insofern wichtig und richtig.

Es ist irritierend, dass zunächst in nicht öffentlicher Sitzung diskutiert worden ist. Das Thema ist umfangreich und komplex – die Lagerkapazitäten reichen nicht aus, eine Zentralisierung ist vorgesehen. Wie sieht das in anderen Bereichen aus? Wie wird die ärztliche Notversorgung nach 2013 sichergestellt?

In Konstanz wird ein neues Haus gebaut. Dort gibt es viel Platz – soll die Apotheke und die ärztliche Notversorgung dort zentralisiert werden?

Herr **Ott**

Fördermittel werden bauabschnittsweise abgerufen. Eine Zwischenfinanzierung ist machbar, die Liquidität ist gesichert. Die Gespräche bezüglich des PET-CT laufen schon lange und es wird gehofft, dass diese zu einem gemeinsamen Ergebnis führen.

Die Abweichungen (Ergebnisabweichungen) werden erläutert. In der Prognose wurden 1,5 % für die Personalkostensteigerung angesetzt, tatsächlich sind es 2,6 %.

Herr **Fischer**

Die Wäsche wird in Alpirsbach gewaschen. Zum Zeitpunkt der Kündigung des Vertrages war nicht bekannt, dass die Wäscherei be-wasch als Auftragsunternehmen beschäftigt. Dank einer Initiative von OB Ehret werden die behinderten Mitarbeiter in eine anderweitige Beschäftigung überführt, insofern wird dokumentiert, dass man sich seiner sozialen Verantwortung bewusst ist und dieser gerecht wird. Im Übrigen gehört die Wäscherei zum operativen Geschäft.

Die Verhandlungen bezüglich des kassenärztlichen Notdienstes sind im Gange, aber sehr mühsam. Es besteht das Angebot, diesen Notdienst im Krankenhaus Singen einzurichten. Davon nicht tangiert ist die Notfallaufnahme: Eine solche 24-Stunden-Aufnahme wird es auch künftig in Konstanz und in Singen geben.

Vorsitzender

Kreisrat **Dr. Hahn** hat recht – es handelt sich um eine Aufgabe, der man sich annehmen muss. Ziel ist es, ein vernünftiges Controlling aufzubauen. Die Abgrenzung der Aufgabenbereiche wird sich einspielen. In den Fällen, in denen es um Investitionen geht, wird der Aufsichtsrat nochmals ausführlich beraten, evtl. Bürgschaften werden dem Regierungspräsidium Freiburg zusammen mit dem Haushalt vorgelegt. Im Übrigen wird der Kreistag bei Inanspruchnahme solcher Bürgschaften unterrichtet.

Kreisrat **Frank**

Unter Buchst. c) des Beschlussvorschlags sollte eingefügt werden „vorbehaltlich der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde und entsprechender Beschlussfassung im Aufsichtsrat“.

Herr **Ott**

Auf Nachfrage von Kreisrätin **Netzhammer** wird zugesagt, dass die Mittelfristige Finanzplanung noch vor der Sommerpause 2013 (Juli 2013) vorgelegt wird.

Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

- a) **Der Kreistag nimmt den vorgelegten Unternehmensplan inklusive der vorläufigen Wirtschaftspläne 2013 zur Kenntnis und empfiehlt dem Landrat als Vertreter des Landkreises die Zustimmung in der Gesellschafterversammlung.**
- b) **Die Verwaltung wird beauftragt, bei Bedarf im Einzelfall zu prüfen, ob dem Gesundheitsverbund bzw. dessen Tochtergesellschaften Kassenkredite zu angemessenen Konditionen gewährt werden können, und gegebenenfalls**

entsprechend Kassenkredite zu gewähren.

- c) Der Kreistag stimmt – vorbehaltlich der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde und entsprechender Beschlussfassung im Aufsichtsrat – der Übernahme der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Bürgschaften für Investitionsmaßnahmen zu.
- d) Die Vorlage der Mittelfristigen Finanzplanung erfolgt noch vor der Sommerpause 2013 (Juli 2013).

Hinweis:

Nach erfolgter Beratung und Beschlussfassung begaben sich Kreisrätin Dr. Kreitmeier und die Kreisräte Ehret und Dr. Schmidt wieder an ihren Beratungstisch und nahmen an der weiteren Beratung teil.

8. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013

- a) Haushalt 2013
- b) Eigenbetrieb "Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Konstanz" - Wirtschaftsplan 2013
- c) Eigenbetrieb "EVU seehäsele" - Wirtschaftsplan 2013

Nach einer Unterbrechung der Sitzung von 13:05 – 14:00 Uhr (Mittagspause) wird diese fortgesetzt.

Der **Vorsitzende** führt in die Thematik ein.

Kreisrat **Franz Moser**

Der Entwurf des Haushalts wurde in der Fraktion der CDU ausführlich besprochen. Die Fraktion plädiert für einen Hebesatz für die Kreisumlage von 34 %. Dieses Ziel ist erreichbar, wenn der Ansatz für die Grunderwerbsteuer um 1 Mio. € erhöht wird, was angesichts der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt realistisch ist.

Beim Bauunterhalt wurden in den letzten Jahren nie mehr als 3 – 4 Mio. € verbaut. Insofern ist einer Kürzung des Ansatzes um 1 Mio. € auf 4,6 Mio. € realistisch und vertretbar. Wenn die Verwaltung diesen Betrag verbauen kann, hat sie eine sehr gute Arbeit geleistet.

Vom positiven Ergebnis aus 2011 sollen 2 Mio. € verwendet werden, dann wird ein Hebesatz für die Kreisumlage von 34 %-Punkten erreicht.

Nach der internen Beratung haben sich jedoch neue Erkenntnisse ergeben. Das Ergebnis für 2012 wird um weitere 1,2 Mio. € besser als prognostiziert, insofern ist ein Hebesatz von 33,5 %-Punkten seriös machbar. Darüber sollte sich die Verwaltung Gedanken machen und wenn man hier einen Konsens finden sollte, könnte der Haushalt rasch beschlossen werden. Die Fraktion der CDU plädiert für einen Hebesatz von 33,5 %-Punkten.

Kreisrat **Ostermaier**

Das Warten hat sich gelohnt – Vieles ist besser geworden. Der Kreistag sollte sich darauf beschränken, die Richtung vorzugeben, denn seine Rolle besteht in der politischen Steuerung. D. h., dass es um die Festlegung der großen Eckpunkte geht, darauf sollte man sich beschränken.

Die finanzielle Situation macht viele Dinge möglich. Das wird bei den hohen Investitionen deutlich. Im Übrigen stimmt die Fraktion der FWV den Äußerungen von Kreisrat **Franz Moser** zu (Erhöhung des Ansatzes für die Grunderwerbsteuer um 1 Mio. €). Beim Bauunterhalt sollte nur eine Reduzierung um 0,5 Mio. € vorgenommen werden. Als Ausgleich dafür sollte ein höherer Anteil des Überschusses aus dem Jahr 2011

verwendet werden.

Die Netto-Neuverschuldung sollte um 5,1 Mio. € steigen. Das Regierungspräsidium Freiburg hat vorgegeben, dass die Netto-Neuverschuldung in den nächsten drei Jahren max. um 10 Mio. € steigen darf. Unabhängig davon, dass eine solche Vorgabe fragwürdig ist, wird die Verteilung des Betrags auf die einzelnen Jahre offen gelassen. Nach entsprechenden Erkundigungen können derzeit Kredite zu einem Zinssatz von unter 1 % mit einer Laufzeit von 10 Jahren aufgenommen werden. Bei 20 Jahren beläuft sich der Zinssatz auf 1,6 %. Da die Maßnahmen in 2014 ff. fortgesetzt werden müssen, wäre es gut, die jetzt historisch niedrigen Zinsen zu nutzen. Der Bereich der Bildung ist sehr wichtig und wenn man so verfahren würde, käme man auf einen Hebesatz von 33,7 %-Punkte.

Wenn man das neueste Ergebnis für 2012 berücksichtigt, ermäßigt sich der Hebesatz auf 33,2 %. Aber mit einem Satz von 33,5 %-Punkten könnte die Fraktion der FWV „leben“. Damit wäre ein fairer Ausgleich der Interessen des Kreises und der Gemeinden sichergestellt. In diesem Falle wären auch alle in den Vorberatungen empfohlenen sonstigen Anträge genehmigt.

Bei den Personalkosten bzw. beim Personalbestand ist ein Punkt erreicht, der nicht unterschritten werden sollte. Die Verwaltung hat sich in den vergangenen Jahren erfolgreich um eine „schlanke Verwaltung“ bemüht und das wird auch im Entwurf für 2013 deutlich.

Kreisrat **Dr. Schmidt**

Die Fraktion der SPD wird einem Hebesatz von 33,5 %-Punkten zustimmen. Es ist richtig, dass sich der Kreistag um die „Big Points“ kümmert. Zu bedenken ist, dass ca. 80 – 90 % der Ausgaben gesetzlich gebunden sind, insofern ist der Spielraum für Entscheidungen eher gering.

Beim Land gibt es Bestrebungen, die Wahl von Bürgermeistern in den Kreistag auszuschließen. Solange sich die Landkreise jedoch maßgeblich über eine Umlage finanzieren, die sie von ihren Gemeinden erheben, ist es unabdingbar, dass Bürgermeister ihren Sachverstand in die Beratungen einbringen können.

Vorsitzender

Es trifft zu, dass die meisten Aufgaben gesetzlich vorgegeben sind. Insofern ist der Spielraum eingengt. Außerdem ist es richtig, wenn sich der Kreistag auf die Steuerung und Festlegung von Eckwerten fokussiert, das ist auch seine Aufgabe. Dass die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer so einbrechen, war zum Zeitpunkt des Beschlusses über den Haushalt 2012 nicht vorhersehbar. Dennoch ist es realistisch, den Ansatz für 2013 – wie bereits vorgeschlagen – maßvoll zu erhöhen.

Für den Bauunterhalt sind 5,6 Mio. € eingeplant. Auch bei einer Kürzung um 1 Mio € (auf 4,6 Mio. €) liegt das Niveau im Vergleich zu den Vorjahren immer noch auf Rekordhöhe. Damit könnte man auf jeden Fall alle wichtigen Maßnahmen umsetzen.

Wenn man die beiden gemachten Vorschläge umsetzt (Erhöhung Grunderwerbsteuer um 1 Mio. €, Kürzung des Bauunterhalts um 1 Mio. €), fehlen bis zu einem Hebesatz der Kreisumlage von 33,5 %-Punkte noch ca. 160.000 €. Diesen Betrag könnte man ggf. noch einsparen, sodass der Hebesatz dann so beschlossen werden könnte.

Es wird vorgeschlagen, dass Frau **Kruthoff** nun den Entwurf vorstellt, danach kann dann entschieden werden, ob die Vorstellung der Einzelbudgets noch gewünscht wird.

Kreisrätin **Brachat-Winder**

Ein Haushalt sollte zuerst zu Ende beraten werden, erst dann steht der Hebesatz für die Kreisumlage fest. Landkreis und Gemeinden haben gute Jahre hinter sich, daher sollten jetzt keine neuen Schulden aufgenommen werden. Die Gewinne aus Vorjahren sollten für die anstehenden Investitionen verwendet werden. Alle reden von Nachhaltigkeit, dann sollte man auch so handeln. Bei den Schulen besteht Handlungsbedarf,

das hat eine Bereisung deutlich gezeigt, zumal durch die Haushaltssperre erforderliche Maßnahmen verschoben worden sind. Als politisches Signal sollte eine „Null-Netto-Neuverschuldung“ umgesetzt werden.

Kreisrat **Dr. Geiger**

Die Haushaltssperre war richtig. Wichtig wäre ein verbessertes Controlling. Die aktuelle Lage ist zwar gut, dennoch bekam der Optimismus für 2013 bereits eine „leichte Delle“. Auch den Gemeinden geht es 2013 gut, die Erhöhung des Ansatzes für die Grunderwerbsteuer um 1 Mio. € wird von der Fraktion der FDP mitgetragen.

Wie immer wieder erwähnt, muss gerade in guten Zeiten für den Bauunterhalt etwas getan werden. Durch die Haushaltssperre wurden 2012 ca. 0,7 Mio. € eingespart und jetzt sollen nochmals 1 Mio. € gestrichen werden. Da schiebt man eine Bugwelle vor sich her, hier besteht Handlungsbedarf.

Es geht um einen zukunftsfähigen Haushalt. Und nachdem viele Städte und Gemeinden ihren Haushalt für 2013 schon verabschiedet haben, könnten sie auch einen Hebesatz von 34 %-Punkten verkraften. Das Jahr 2013 bietet die Chance, die Bugwelle beim Bauunterhalt zu verringern und das sollte – wie bereits erwähnt – auch getan werden.

Kreisrat **Johannes Moser** nimmt ab 14:30 Uhr an der Sitzung teil.

Frau **Kruthoff** stellt die Eckpunkte des Haushalts (einschließlich der Änderungsliste) vor.

Kreisrätin **Dr. Kreitmeier**

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen Antrag in Sachen „Behindertenfahrdienst“ gestellt. Dieser sollte mit aufgenommen werden. Dabei geht es um mehr Gutscheine und um mehr Geld. Wichtiger als mehr Geld sind mehr Gutscheine.

Vorsitzender

Die Kosten belaufen sich nach Berechnungen der Verwaltung auf max. 25.000 €/Jahr. Eine Aufnahme dieses Betrags in den Haushalt wäre möglich, allerdings müssten die näheren Modalitäten zunächst im Fachausschuss vorberaten werden.

Kreisrätin **Dr. Kreitmeier**

Mit diesem Vorschlag ist die Fraktion einverstanden.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** bezüglich des Verfahrens wird aus der Mitte des Kreistags Zustimmung signalisiert.

Kreisrat **Siegfried Lehmann (MdL)**

Die Diskussion um den Hebesatz für die Kreisumlage verstellt den Blick auf die Verschuldungszahlen. So wird „das Pferd von hinten aufgezäumt“, was nicht sachgerecht ist. Die Auflage des Regierungspräsidiums, wonach die Neuverschuldung nicht über 10 Mio. € liegen darf, kann nicht einfach so vom Tisch gefegt werden.

Bis Ende 2016 steigen die Schulden um 43 % - eine Schuldenbremse sieht anders aus. Klar ist, dass die Investitionen sein müssen – daher der Vorschlag seiner Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in guten Zeiten keine neuen Schulden anzuhäufen. Wenn man dies umsetzt, läge der Hebesatz für die Kreisumlage nicht bei 33,5 %, sondern bei ca. 35 %.

Die Erhöhung des Ansatzes für die Grunderwerbsteuer ist okay, aber eine Neuverschuldung von 4 – 5 Mio. € kann nicht einfach hingenommen werden. Wenn sich die Konjunktur abschwächen sollte, träfe dies die Gemeinden zu einem Zeitpunkt, zu dem sie selber in finanziellen Schwierigkeiten wären. Daher nochmals das Plädoyer für den Verzicht auf eine Schuldenaufnahme zum jetzigen Zeitpunkt. Damit erhält man sich die Spielräume für die Zukunft.

Zum Thema Bürgermeister im Kreistag: Das sollte eher nicht der Fall sein, denn der

Landkreis benötigt eine verlässliche Finanzierung. Auch die Verschuldensproblematik spielt hier eine Rolle, der Hinweis des Regierungspräsidiums muss ernst genommen werden. Daher nochmals der Vorschlag: Netto-Neuverschuldung bei Null, Hebesatz für die Kreisumlage von ca. 34,5 – 35 %-Punkte. Das lässt Spielraum für die Zukunft.

Kreisrat **Krause**

Der eingebrachte Antrag wird ausführlich begründet. Ziel ist ein langfristiger, verlässlicher Haushalt. Vorgeschlagen wird u. a. eine zusätzliche Schuldentilgung, jeder Cent an Schulden sind im Grunde genommen auch Schulden der Städte und Gemeinden. Es könnte eine Obergrenze für den Hebesatz der Kreisumlage von 35 %-Punkten eingeführt werden, die höhere Tilgung wäre damit begrenzt. Das wäre wirklich nachhaltig, der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN greift in diesem Punkt zu kurz.

Kreisrat **Kuppel**

Das Pferd wird von hinten aufgezügelt, es geht nicht nur um die Höhe der Kreisumlage. Nach dem bisherigen „Fahrplan“ wurden die Einzelbudgets vorgestellt, erst danach stand das Endergebnis fest. Was den Bauunterhalt angeht: Noch in der Oktobersitzung wurden flammende Reden gehalten, wonach die wegen der Haushaltssperre nicht umgesetzten Maßnahmen in 2013 vollzogen werden sollten. Das ist jetzt offensichtlich nicht mehr aktuell. Die Erhöhung des Ansatzes für die Grunderwerbsteuer ist okay, auch wenn damit ein gewisses Risiko eingegangen wird.

Von der Haushaltssperre war insbesondere der Bauunterhalt betroffen. Wenn jetzt gesagt wird, dass auch 1 Mio. € weniger ausreicht, dann muss man sich fragen, warum die Verwaltung nicht gleich den niedrigeren Ansatz eingebracht hat. Im Übrigen ist es Aufgabe der Gremien, ihrer Steuerungs- und Überwachungsfunktion gerecht zu werden und das bedeutet, genau hinzuschauen, wofür welches Geld ausgegeben wird.

Vorsitzender

Beim Bauunterhalt kann immer mehr getan werden, als vorgeschlagen. Aber dafür benötigt man politische Mehrheiten. Hier geht es in erster Linie auch nicht um Summen, sondern um Prioritäten, was erforderlich ist, wird auch gemacht.

Wie bereits zutreffend ausgeführt, geht es im Kreistag nicht darum, alle Kleinigkeiten zu regeln, sondern um die strategische Weichenstellung. Daher läuft die Debatte in die richtige Richtung. Die Strategie steht vor der Regelung von Einzelheiten.

Ein Hebesatz von 33,5 %-Punkten und die Einhaltung der Vorgaben des Regierungspräsidiums bezüglich der Neuverschuldung bis 2016 (10 Mio. €) ist realistisch, insbesondere auch im Hinblick auf die derzeit sehr niedrigen Zinsen. Die Hinweise auf die Verschuldungsproblematik sind zwar richtig, aber aus den bereits genannten Gründen aus Sicht der Verwaltung beherrschbar.

Kreisrat **Ostermaier**

Die Zinsen waren noch nie so niedrig und im Übrigen gilt „der Schwur von Mühlingen“ – danach erhält der Landkreis das, was er benötigt, um seine Aufgaben erledigen zu können. Insofern ist die Darstellung von Kreisrat **Siegfried Lehmann (MdL)** überzeugend. Beide Wege sind gangbar. Über viele Jahre hinweg hat man sich zuerst über Details unterhalten und erst danach über die Eckpunkte – jetzt läuft die Diskussion anders und das ist auch richtig, die politischen Vorgaben der Fraktionen liegen auf dem Tisch.

Die neuen Schulden werden in einem Bereich aufgenommen, der sehr wichtig ist: bei der Bildung. Das ist richtig und deshalb müssen die niedrigen Zinsen genutzt werden, zumal der Anstieg der Schulden durch die Vorgabe des Regierungspräsidiums nicht so hoch ist, wie im Entwurf des Haushalts und in der Präsentation enthalten. Im Übrigen werden die Abschreibungen von ca. 5,2 Mio. € in voller Höhe erwirtschaftet, auch eine Eigenfinanzierung von 50 % ist gegeben.

Frau **Kruthoff**

Die Ausführungen treffen zu. Die restlichen Kredite aus 2012 müssen zwar noch aufgenommen werden, aber in der Darstellung im Entwurf des Haushalts 2013 und in der Präsentation ist die auf 10 Mio. € reduzierte Neuverschuldung noch nicht berücksichtigt. Insofern steigt die Verschuldung weniger stark als bisher aufgezeigt.

Kreisrat **Franz Moser**

Auch ohne Haushaltssperre ist ein Bauunterhalt von max. 3 – 3,2 Mio. € umsetzbar, mehr geht aus personellen Gründen nicht. Eine Ausschreibung von Maßnahmen ist erst nach der Genehmigung des Haushalts zulässig, sodass sich die Umsetzung bis Mai/Juni 2013 verzögern. Insofern ist ein Betrag von 4,6 Mio. € mehr aus ausreichend und wenn es gelingen sollte, diesen Betrag zu verbauen, wäre dies eine sehr große Leistung.

In 2011 mussten noch an ca. 300 Tagen Kassenkredite aufgenommen werden, in 2012 sind es nur noch 120 Tage. Insofern hat sich die Liquidität der Kreiskasse verbessert und deshalb kann ein Restbetrag aus dem Überschuss von 2011 in Höhe von 3,3 Mio. € mindernd berücksichtigt werden. Was den Schuldenstand anbetrifft, wird Kreisrat **Ostermaier** zugestimmt.

Auch mit einer weiteren Neuverschuldung in der vorgesehenen Höhe steht der Landkreis im Landesdurchschnitt immer noch gut da. Insofern sind die Vorschläge der Fraktionen der CDU/FWV und SPD vertretbar und seriös umzusetzen. Ein Hebesatz von 33,5 %-Punkten ist okay.

Kreisrat **Krause**

Ein Prozent des Hebesatzes (ca. 2,6 Mio. €) sollte jedes Jahr für die Tilgung verwendet werden. Auch über eine Umschuldung sollte nachgedacht werden.

Kreisrat **Jürgen Leipold**

Die Baumaßnahmen am BSZ Radolfzell sind sehr umfangreich und finanziell außerordentlich anspruchsvoll, sie stellen einen wichtigen Schwerpunkt in der Kreispolitik dar. Insofern stellt sich Frage nach der Sicherstellung der Finanzierung zurecht. Es ist auch richtig, dass sich der Kreistag zunächst um die „Big Points“ kümmert, d. h. die großen Ziele. Für 2014 muss man sich anschauen, wie der Haushalt 2013 gelaufen ist, dann müssen die Schwerpunkte evtl. korrigiert werden (Stichwort: Berufsschulzentrum Konstanz).

Kreisrat **Siegfried Lehmann (MdL)**

Die Finanzierung der Investitionen in den Folgejahren kann nicht über eine permanente Kürzung beim Bauunterhalt erfolgen. Das Beispiel BSZ Radolfzell zeigt das ganz klar. Wo soll das Geld für den erforderlichen Bauunterhalt denn herkommen, wenn nicht über die Kreisumlage?

Kreisrat **Mutter**

Zum Thema „Bürgermeister im Kreistag“ ist festzustellen, dass sich dies bewährt hat. Kreisrat **Siegfried Lehmann (MdL)** muss in diesem Zusammenhang eine „gespaltene Persönlichkeit“ attestiert werden. Wenn man beim Land erheblich mehr Steuern einnimmt und davon nichts an die Kommunen weitergibt, ist das nicht hinnehmbar (Stichwort: „Einäugiger Rabattmarkenfälscher“). Dies wird ausdrücklich zu Protokoll gegeben.

Kreisrat **Siegfried Lehmann (MdL)**

Der beim Land einzusparende Betrag von 2,5 Milliarden € lässt sich nicht durch Täuschenspielertricks realisieren. Die Schuldenbremse gilt für alle, nicht nur für das Land. Die zunehmende Verschuldung darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden, das sieht man am Beispiel von Nordrhein-Westfalen. Eine 40%-ige Verschuldungsquote darf man nicht einfach so hinnehmen.

Vorsitzender

Bei den Schulden muss man aufpassen – es geht darum, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Verschuldung und der finanziellen Leistungsfähigkeit herzustellen. Die bisher aufgezeigten Vorschläge werden dem gerecht, ggf. muss in den Folgejahren die Kreisumlage entsprechend erhöht werden.

Kreisrat Kuppel

Es geht um eine Abwägung zwischen den Zinsen und der Verteilung der Überschüsse aus den Vorjahren. Den sehr niedrigen Zinssatz kann man sich problemlos über einige Jahre sichern lassen. Insofern greift das Argument, dass es besser ist, sich jetzt angesichts des historischen Zinsniveaus zu verschulden, nicht. Die Verwaltung hat versichert, dass es ihr möglich ist, den im Haushalt eingestellten Betrag für den Bauunterhalt in 2013 tatsächlich abzuarbeiten. Und dies muss auch erfolgen, denn wenn man die Prioritätenliste auf Seite 451 des Haushaltsentwurfs anschaut, sind dort nur die dringendsten Maßnahmen aufgeführt. Es handelt sich also um kein „Wunschkonzert“, sondern um zwingend notwendigen Bauunterhalt. Darüber hinaus sollten auch Maßnahmen, die zu Energieeinsparungen führen, durchgeführt werden.

Im Übrigen ist es sehr verwunderlich, dass die bisher im Teilhaushalt 2 aufgeführte Sportförderung nicht mehr ausgewiesen ist. Eine Gebühr für die Hallennutzung ließ sich nicht realisieren, umso wichtiger ist es, den damit nicht eingenommenen Betrag als Sportförderung aufzuführen, immerhin geht es um ca. 230.000 €. Es wird daher beantragt, diese fiktiven Kosten als Nachweis gegenüber den Vereinen im Haushalt auszuweisen.

Vorsitzender

Die Beträge werden im Rahmen des Vollzugs des Haushalts wieder dargestellt und in der Jahresrechnung aufgeführt. In den Entwurf des Haushalts 2014 ff. werden die Ansätze wieder aufgenommen.

Kreisrat Baumgartner

Im Rahmen eines Antrags zur Geschäftsordnung wird beantragt, ohne weitere Diskussionen über den Haushalt 2013 abzustimmen. Auf eine Erläuterung der einzelnen Teilhaushaltspläne wird verzichtet.

Kreisrat Baumert

Die Fraktion der SPD ist damit grundsätzlich einverstanden – dennoch gibt es weitere Punkte, über die beraten werden muss, so z. B. über den Teilhaushalt 4 (ÖPNV/Straßenbau). Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt zur Klarstellung für Baumaßnahmen im THH 4 – Nahverkehr und Straßen – folgende Ergänzung bei den allgemeinen Erläuterungen: *„Baumaßnahmen nach diesem Teilhaushalt dürfen erst begonnen werden, wenn entsprechende Förderbescheide (z. B. nach dem LGVFG) vorliegen. Etwaige Unbedenklichkeitsbescheinigungen sind nicht zu beantragen. Wird eine beantragte Förderung abgelehnt, so hat der Kreistag auf jeden Fall über die geplante Umsetzung der Maßnahme erneut zu beraten und unter Berücksichtigung der aktuellen Haushaltssituation zu entscheiden.“*

Die Brücken in Volkertshausen werden um über 308.000 € teurer als geplant – die Gründe dafür müssen nochmals dargestellt werden. Außerdem ist der Betrag für „Kunst am Bau“ in der Anlage zur Sitzungsvorlage doppelt aufgeführt.

Herr Bendl

Auf den Vor-Ort-Termin mit dem Technischen und Umweltausschuss am 12.11.2012 wird Bezug genommen. Dort wurde die Maßnahme vorgestellt und ausführlich erörtert. Im Übrigen besteht dringender Handlungsbedarf, aus Sicherheitsgründen wird eine Beschränkung der Tonnage oder – im Extremfall – eine Sperrung erforderlich.

Kreisrat **Baumert**

Beim Vor-Ort-Termin war klar, dass etwas gemacht werden muss. Aber ohne Zuschuss kann das nicht einfach gemacht werden.

Vorsitzender

Es wird vorgeschlagen, den Empfehlungsbeschluss aus der Vorberatung aufzunehmen, wonach die zusätzlichen Mittel für die Durchführung der Maßnahme in den Haushalt 2013 aufgenommen werden. Der Gesamtansatz wird mit einem Sperrvermerk versehen und dieser kann ggf. nach einer entsprechenden Vorberatung im Fachausschuss vom Kreistag frei gegeben werden.

Auf Nachfrage von Kreisrat **Dr. Schmidt** bestätigt der **Vorsitzende**, dass die zusätzlichen Mittel für die Tourismusförderung (200.000 €) in der Änderungsliste enthalten sind und damit bei Zustimmung zum Haushalt auch zur Verfügung stehen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss 1 (einstimmig, ohne förmliche Abstimmung):

- Die Finanzierung der Kosten, die im Zusammenhang mit der Umsetzung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entstehen (Änderung der Richtlinien für den Behindertenfahrdienst/Erhöhung der Zahl der Fahrten und des Entgelts, max. ca. 25.000 €), wird im Haushalt 2013 sichergestellt.
- Über die detaillierte Ausgestaltung der Richtlinien wird im Fachausschuss vorberaten.

Beschluss 2 (einstimmig, ohne förmliche Abstimmung):

- Der erforderliche erhöhte Betrag für die Brückensanierungen in Volkertshausen (2 Brücken, + 308.000 €) wird in den Haushalt 2013 aufgenommen und mit einem Sperrvermerk versehen.
- Die Freigabe des Sperrvermerks erfolgt ggf. nach einer nochmaligen Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss.

Beschluss 3 (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen):

- a) Der Kreistag stimmt der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und dem Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013 sowie der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2016 in der sich aus der Beratung – inklusive der Änderungsliste – ergebenden Fassung (Variante V – Hebesatz für die Kreisumlage: 33,5 %-Punkte, ANLAGE 3 zur Niederschrift), zu.

Der Beschluss gem. Buchst. a) beinhaltet folgende wesentliche Änderungen gegenüber dem Haushaltsentwurf:

- *Erhöhung des Haushaltsansatzes beim Erlös aus der Grunderwerbsteuer um 1 Mio. € (neu: 15 Mio. €)*
- *Kürzung des Haushaltsansatzes beim Bauunterhalt um 1 Mio. € (neu: 4,6 Mio. €).*

Die Nettoneuverschuldung für die Jahre 2013 bis 2016 beträgt – aufgrund der Vorgabe des Regierungspräsidiums Freiburg – maximal 10 Mio. EUR. In 2013 wird dafür ein Betrag von 4,1 Mio. € in Anspruch genommen.

In den Folgejahren 2014 – 2016 erfolgt gemäß der mittelfristigen Finanzplanung eine stufenweise weitere Anhebung der Verschuldung um 3,3 Mio. € (2014), 1,9 Mio. € (2015) und 0,7 Mio. € (2016).

- b) Der Kreistag stellt den Wirtschaftsplan 2013 für den Eigenbetrieb „Abfallwirtschaft Landkreis Konstanz“ für das Wirtschaftsjahr 2013 gemäß Anhang zum Haushaltsplan, S. 617 ff., fest.
- c) Der Kreistag stellt den Wirtschaftsplan 2013 für den Eigenbetrieb „Eisenbahnverkehrsunternehmen „EVU seehäsele“ für das Wirtschaftsjahr 2013 gemäß Anhang zum Haushaltsplan, S. 601 ff., fest.

Hinweise:

Der Antrag von Kreisrat KRAUSE (Piratenpartei, zusätzliche Tilgung von Kreiskrediten) wurde im Rahmen der Beratung behandelt.

Die Haushaltssatzung ist als ANLAGE 4 beigefügt.

Mit der Beschlussfassung gelten folgende Empfehlungsbeschlüsse der Fachausschüsse als genehmigt:

- **Erhöhung des Zuschusses für das „Kompetenzzentrum Obstbau Bodensee (KOB)“ um 7.274 € (mit Sperrvermerk gem. Empfehlungsbeschluss)**
Empf. TUA v. 12.11.2012: Zustimmung (einstimmig), Änderungsliste (B 1)
- **Haushaltsansätze in der Jugendhilfe gem. Empfehlungsbeschluss des KJHA vom 10.12.2012**
- **Modellprojekt „Übernahme der Kosten für ärztlich verordnete empfängnisverhütende Mittel für bedürftige Frauen“ (15.000 €)**
Empf. SozA v. 01.10.2012: Zustimmung (mehrheitlich), im Entwurf enthalten (--)
- **Projekt „Wellcome/praktische Hilfen für Familien nach Geburt“ (12.240 €)**
Empf. KJHA v. 01.10.2012: Zustimmung (einstimmig), im Entwurf enthalten (A 1)
- **Antrag AGJ, Zuschuss Modellprojekt „Medien-Sucht? (insgesamt 30.000 €, in 2013 einmalig zusätzlich 5.000 € für Sach- und Regiekosten)**
Empf. KJHA v. 01.10.2012: Zustimmung (einstimmig), im Entwurf enthalten (A 2)
- **Antrag Diakonie, Erhöhung des Zuschusses für die Kinderwohnungen in Radolfzell und Engen (14:400 €, Empfehlung SozA = 13.000 €)**
Empf. SozA v. 10.12.2012: Zustimmung (einstimmig), Änderungsliste (B 2)
- **Antrag Sozialdienst Kath. Frauen, Erhöhung des Zuschusses für das Projekt „Sexualpädagogisches Angebot an Schulen“ (6.000 €, Empfehlung SozA 50 % = 3.000 €)**
Empf. SozA v. 10.12.2011: Zustimmung (mehrheitlich), Änderungsliste (B 3)
- **Förderung RPJ (max. 1.000 €)**
Empf. VFA v. 03.12.2012: Zustimmung (einstimmig), Änderungsliste (B 4)
- **Vorgezogener Bau Radweg zwischen Gottmadingen und Randegg (K 6147), sofern Landeszuschüsse in 2013 fließen sollten (+ 37.000 € in HH 2013)**
Empf. TUA v. 12.11.2012: Zustimmung (einstimmig), Änderungsliste (B 6)
- **Neubau einer Garage am Werkstattgebäude beim BSZ Stockach (120.000 €)**
Empf. KuSchu. v. 19.11.2012: Zustimmung (einstimmig), im Entwurf enthalten (A 4)
- **Erhöhung des Mitgliedsbeitrags zum Technologiezentrum Konstanz e. V. (von 500 € auf 1.000 €)**
Empf. VFA v. 03.12.2012: Zustimmung (einstimmig), im Entwurf enthalten (A 3)

- **Erhöhung der Preisgelder für den „Uni-Preis“ und den „Lehrlingspreis“ von 1.600 € bzw. 1.200 € auf jeweils 2.000 €)**
Empf. VFA v. 03.12.2012: Zustimmung (einstimmig), Änderungsliste (B 7)
- **Mittel für „Kunst am Bau“ (BSZ Radolfzell) – insges. 75.000 € über 5 Jahre. Für 2013 Teilbetrag v. 15.000 €. Entspr. Ermächtigungsübertragungen**
Empf. KuSchu v. 19.11.2012: Zustimmung (einstimmig), Änderungsliste (B 8)
- **Mittel für Tourismusförderung (200.000 €, Verteilung gemäß PROJEKTLIS-TE/Tischvorlage)**
Beschluss KT v. 17.12.2012.

Mit der Beschlussfassung wurde die Ablehnung der Fachausschüsse für folgende Anträge bestätigt:

- **Antrag des Dorfhelferinnenwerks Sölden e. V. auf Förderung der ambulanten Dienste (29.000 €)**
- **Antrag des Bezirksvereins für soziale Rechtspflege auf Förderung eines Anti-Gewalt-Trainings (9.478 € pro Kurs, 1 – 2 Kurse/Jahr).**

9. Bürgerfragestunde

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** erfolgen keine Wortmeldungen.

10. Berufsschulzentrum Radolfzell, Freigabe 2. Bauabschnitt

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Er geht davon aus, dass der Zuschussbescheid bezüglich der Sporthallenförderung positiv ausfallen wird, sodass dann die Ausschreibung für die Halle durchgeführt werden kann.

Kreisrat **Franz Moser**

Zuschüsse fließen erfahrungsgemäß oft erst viel später. Unabhängig davon ist eine evtl. Mängelbeseitigung unbedingt sicherzustellen.

Der **Vorsitzende** sagt dies zu. Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Die Ausschreibungsphase (Leistungsphase 7) für den 2. Bauabschnitt wird freigegeben, d. h.,

- **die Architekten und Fachingenieure werden mit der Leistungsphase 7 (Mitwirkung bei der Vergabe) beauftragt.**
- **Mit dem Vergabeverfahren (europaweite Ausschreibung) für das Schulgebäude wird begonnen wie beschrieben.**
- **Die Ausschreibung der Sporthalle erfolgt nach einem positiven Zuwendungsbescheid über die Sportstättenförderung.**

11. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

11.1 Kreisverkehrsplätze; Rückbau von Anlagen

Kreisrat **Dr. Geiger** teilt mit, dass in der Landespresse die Rede davon ist, dass das Land den Erlass nochmals nachbessern will. Bis das erfolgt ist, müssen die Rückbauaktionen auf Eis gelegt werden.

Herrn **Bendl** ist dies nicht bekannt. Sowohl das Land als auch das Regierungspräsidium haben einen raschen Rückbau angeordnet.

Der **Vorsitzende** sagt zu, die Information zu überprüfen. Ggf. wird ein entsprechender Rückbaustopp verfügt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 16:15 Uhr.

Der Vorsitzende:

Frank Hämmerle

Franz Moser (TOP 5)

Für den Kreistag:

Wolfgang Müller-Fehrenbach

Bernhard Volk

Dr. Max Hahn

Birgit Brachat-Winder

Für das Protokoll:

Manfred Roth

<p>Anlage 1 – Einführung des Vorsitzenden zu TOP 6 Anlage 2 – Ausführungen der Geschäftsführer zu TOP 6 Anlage 3 – Haushaltsbeschluss/Höhe der Kreisumlage, TOP 8 Anlage 4 – Haushaltssatzung, TOP 8</p>
--